

Das EU-Mercosur- Abkommen

Neuer Schwung für die europäisch-
lateinamerikanischen Beziehungen



Auf einen Blick

Das EU-Mercosur-Abkommen markiert einen wichtigen Schritt zur Vertiefung der europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen und setzt ein politisches Signal für Freihandel und multilaterale Zusammenarbeit.

Mit der schrittweisen Abschaffung von rund 90 Prozent der gegenseitigen Zölle stärkt das Abkommen den bilateralen Handel und verbessert insbesondere die Marktchancen europäischer Unternehmen.

Schutzklauseln und Begleitmaßnahmen sollen negative Auswirkungen auf den europäischen Agrarsektor begrenzen und faire Wettbewerbsbedingungen sichern.

Die Vereinbarung trägt zur Diversifizierung von Lieferketten bei und verringert die Abhängigkeit der EU von einzelnen Drittstaaten, insbesondere von China und den USA.

Über den Handel hinaus fördert das Abkommen eine engere Kooperation bei globalen Herausforderungen wie Klimaschutz, Nachhaltigkeit, demokratischer Regierungsführung und der Stärkung der regelbasierten internationalen Ordnung.

Das Abkommen eröffnet neue wirtschaftliche, entwicklungspolitische und geopolitische Handlungsspielräume für beide Regionen.



Dr. Patricia Enssle ist Referentin für die Cono-Sur-Staaten bei der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Der Handelsteil des seit einem Vierteljahrhundert verhandelten Abkommens zwischen der EU und der südamerikanischen Wirtschaftsgemeinschaft und Zollunion Mercado Común del Sur (Mercosur)¹ wird seit dem 1. Mai 2026 vorläufig angewendet. Die EU hat den Mercosur-Staaten die hierfür erforderliche Urkunde offiziell übermittelt, nachdem diese im März die nationalen Ratifizierungsverfahren zügig abgeschlossen hatten. Der EU-Handelskommissar Maroš Šefčovič betonte, dies sei „ein wichtiger Schritt, um unsere Glaubwürdigkeit als bedeutender Handelspartner unter Beweis zu stellen“.²

Zuvor hatte die im Januar erfolgte Abstimmung im Europäischen Parlament eine politische Debatte über die sogenannte Brandmauer zur AfD entfacht. Dabei stimmten Grüne und Linke gemeinsam mit rechtsextremen Abgeordneten der AfD für eine rechtliche Überprüfung des Abkommens durch den Europäischen Gerichtshof, was das Inkrafttreten deutlich verzögert. Dieses Vorgehen zog den Vorwurf nach sich, die Brandmauer aufgeweicht zu haben, und führte bei den Grünen zu parteiinternen Kontroversen.³

Der steinige Weg bis zur Einigung

Der Abstimmung im Europäischen Parlament war ein für die europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen historischer Moment vorausgegangen: Nach rund 26 Verhandlungsjahren wurde am 17. Januar 2026 beim Mercosur-Gipfel in Asunción, Paraguay, das Vertragswerk zwischen dem südamerikanischen Wirtschaftsblock und der EU in Anwesenheit der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen unterzeichnet. Dieser Vorgang stellte den entscheidenden Meilenstein auf dem Weg zu einem umfassenden Abkommen zwischen der EU und den Mercosur-Gründerstaaten Argentinien, Brasilien,

Paraguay und Uruguay dar. Ein kurzer Rückblick auf den über Jahrzehnte andauernden Prozess verdeutlicht nicht nur die Komplexität eines solchen umfangreichen Abkommens mit seinen fortlaufenden Fortschritten und Rückschritten, sondern zeigt zugleich, wie eng diese Dynamiken mit dem jeweiligen geopolitischen Zeitgeist verknüpft sind.

Seit den 1990er-Jahren bestehen bilaterale Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten. Auf dem EU-Gipfel in Madrid 1995 unterzeichneten die Akteure das Interregionale Rahmenabkommen über Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Mercosur, das 1999 in Kraft trat. Ziel war die Förderung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sowie des politischen Dialogs. Nach vielen Verhandlungsjahren einigten sich die EU und der Mercosur im Juni 2019 auf ein Freihandelsabkommen, das Teil eines umfassenderen Assoziierungsabkommens ist. Es stellte damals das umfangreichste Handelsabkommen dar, das die EU je abgeschlossen hatte. Über den Handel hinaus soll es den politischen Dialog vertiefen und die Zusammenarbeit in Bereichen wie Migration, digitaler Wirtschaft, sozialer Verantwortung von Unternehmen und Gesellschaft, Umweltschutz, Meerespolitik sowie der Bekämpfung von Terrorismus, Geldwäsche und Cyberkriminalität verbessern. Die Unterzeichnung scheiterte jedoch 2019 an klima- und umweltpolitischen Nachforderungen der EU. Hintergrund war unter anderem die massive Zunahme der Entwaldung im Amazonasgebiet unter der Regierung des brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro. Dies wiederum löste neue Forderungen der Mercosur-Staaten aus. Mittlerweile ist es gelungen, ein Zusatzprotokoll zu verhandeln, das dem Schutz vor Entwaldung sowie den Rechten indigener Bevölkerungsgruppen Rechnung trägt. Damit

wurde der Weg für den politischen Durchbruch auf dem Mercosur-Gipfel in Montevideo mit der Unterzeichnung des strategischen Assoziierungsabkommens zwischen der EU und dem Mercosur am 6. Dezember 2024 geebnet.

Im September 2025 hat die EU-Kommission die ausstehende Ratifizierung mit dem Mercosur-Staatenbund angestoßen und dem EU-Parlament sowie den Mitgliedstaaten zwei parallele, aber rechtlich getrennte Instrumente vorgelegt. Für die Ratifizierung des gesamten Abkommens werden eine qualifizierte Mehrheit im Rat (15 von 27 Staaten, mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung) sowie die Zustimmung des EU-Parlaments benötigt. Nach der Billigung des Abkommens durch beide Organe muss dieses zudem von den Mitgliedstaaten der EU und des Mercosur in den jeweiligen nationalen Parlamenten ratifiziert werden. Um diesen Prozess zu beschleunigen, hat die EU-Kommission eine Splitting-Strategie angewendet: Das Abkommen wurde in einen Handelsteil und einen politischen Teil aufgeteilt – das Partnerschaftsabkommen (EMPA) sowie das Interims-Handelsabkommen (iTA). Da die EU über die ausschließliche Kompetenz für die gemeinsame Handelspolitik verfügt, kann das Handelsabkommen vorab von den EU-Institutionen angenommen werden; eine Ratifizierung durch die nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten ist hierfür nicht erforderlich. Das iTA wird aufgehoben und durch das EMPA ersetzt, sobald das vollständige Abkommen durch die nationalen Parlamente ratifiziert wurde und in Kraft tritt.

Der nächste wichtige Schritt erfolgte zu Beginn des Jahres, als eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten das Mercosur-Abkommen im Rat der EU unterstützte. Frankreich, Polen, Österreich, Ungarn und Irland stimmten dagegen, während sich Belgien der Stimme enthielt. Italien, das zuvor ebenfalls Bedenken wegen möglicher negativer Folgen für seine Landwirtschaft geäußert hatte, stimmte hingegen zu.⁴ Damit wurden die Voraussetzungen geschaffen, dass EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und EU-Ratspräsident António Costa Mitte Januar nach Paraguay zur Unterzeichnung reisen konnten.

Nur wenige Tage nach der Unterzeichnung folgte jedoch der eingangs erwähnte Rückschlag: Das Europäische Parlament votierte in einer knappen Abstimmung dafür, das Abkommen dem Gerichtshof der EU zur Prüfung vorzulegen. 334 Abgeordnete sprachen sich für eine Überprüfung aus, 324 dagegen; elf enthielten sich.⁵ Die Kritiker bemängelten insbesondere die Zerteilung des Abkommens als Umgehung der nationalen Parlamente.

Im Februar stimmte das EU-Parlament mit deutlicher Mehrheit für zusätzliche Schutz- und Safeguard-Klauseln zugunsten der europäischen Landwirtschaft, um Schäden für den EU-Agrarsektor infolge der Handelsliberalisierung zu verhindern.⁶ Zwischenzeitlich schlossen die vier Mercosur-Länder die Ratifizierung in ihren Parlamenten innerhalb weniger Wochen ab, woraufhin die EU unter Zugzwang geriet, das Handelsabkommen vorläufig anzuwenden. Politische Unterstützung für dieses Vorgehen kam unter anderem vom deutschen Bundeskanzler Friedrich Merz.⁷ Es verbleiben weiterhin Hürden, die zu überwinden sind, denn der Handelsteil des Abkommens ist – wie eingangs erwähnt – lediglich vorläufig in Kraft getreten. Die vollständige Umsetzung des gesamten Partnerschaftsabkommens wird zudem von der Ratifizierung durch die nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten abhängen.

Die Erschließung neuer Absatzmärkte könnte mögliche Geschäftsverluste durch US-Zölle kompensieren.

Welche Chancen bietet das Abkommen?

Die EU und die vier Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay schaffen mit Inkrafttreten des Handelsabkommens einen der größten Wirtschaftsräume der Welt. Die Teilnehmerstaaten des Abkommens umfassen mehr als 700 Millionen Verbraucherinnen und Verbraucher, erwirtschaften rund 20 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung und sind für



Protest hinterlässt Eindruck: Landwirte versammelten sich mit Traktoren vor dem Europäischen Parlament in Straßburg, um gegen das EU-Mercosur-Freihandelsabkommen zu demonstrieren. Frankreich stimmte am 9. Januar 2026 im EU-Rat gegen die Unterzeichnung des Abkommens. Foto: © Panama Pictures, Imago.

31 Prozent der weltweiten Warenexporte verantwortlich. Die Mercosur-Länder allein stellen mit einer Gesamtbevölkerung von etwa 270 Millionen Menschen die sechstgrößte Volkswirtschaft der Welt dar. Im Bereich des Warenhandels ist die EU nach China und vor den USA der zweitwichtigste Handelspartner des Mercosur. Fast 17 Prozent des gesamten Mercosur-Handels entfielen im Jahr 2024 auf die EU. Umgekehrt rangiert der Mercosur-Raum für die EU auf Platz zehn der wichtigsten Handelspartner im Warenhandel. Im besagten Jahr belief sich der Handel der EU mit dem Mercosur auf über 111 Milliarden Euro (55,2 Milliarden an Ausfuhren und 56 Milliarden an Einfuhren). Über 80 Prozent dieser Handelsströme entfielen auf den Handel zwischen der EU und Brasilien.⁸

Der augenfälligste Vorteil des Abkommens sind zunächst die Zollerleichterungen. Mit seinem Inkrafttreten werden die beiden Wirtschaftsräume schrittweise über 90 Prozent der wechselseitigen Zölle abbauen (91 Prozent der Zölle auf EU-Exporte in die Mercosur-Staaten, 92 Prozent der Importzölle in die EU). Für sensible Industriezweige gelten allerdings lange Übergangsfristen. So ist etwa für den Kfz-Sektor eine vollständige Zollliberalisierung über einen Zeitraum von 15 Jahren vorgesehen. Dies gibt den heimischen Märkten Zeit zur Anpassung und schafft Planbarkeit. Schätzungen zufolge könnten europäische Unternehmen durch das Abkommen jährlich bis zu vier Milliarden Euro an Zöllen einsparen. Die Mercosur-Länder erhoben bislang hohe Zölle, beispielsweise von bis zu 35 Prozent auf Autos,



bis zu 20 Prozent auf Maschinen oder 20 Prozent auf Schokolade. In der Folge werden europäische Produkte und Dienstleistungen auf dem großen Mercosur-Markt ebenso wie Waren aus den Mercosur-Staaten in der EU deutlich wettbewerbsfähiger. Befürworter innerhalb der EU, wie Deutschland und Spanien, verweisen darauf, dass durch die Erschließung neuer Absatzmärkte mögliche Geschäftsverluste infolge von US-Zöllen kompensiert werden können. Fachleute sehen insbesondere die Branchen des Maschinenbaus, der Automobilindustrie, der grünen Energien und der Chemie als wesentliche Profiteure des Abkommens. Auch der deutsche Mittelstand wird erheblich profitieren: Über 70 Prozent der etwa 12.500 deutschen Unternehmen, die in die Mercosur-Länder exportieren, sind kleine und mittlere Unternehmen.⁹

Neben den Zöllen sollen auch nichttarifäre Handelshemmnisse, etwa doppelte Produktzertifizierungen, abgebaut werden. Zudem sollen geschützte Herkunftsbezeichnungen anerkannt werden, beispielsweise Bayerisches Bier oder Schwäbische Spätzle. Darüber hinaus erhalten europäische Anbieter im Bereich des öffentlichen Auftragswesens deutlich bessere Marktzugänge – ebenso wie Unternehmen aus den Mercosur-Staaten in der EU. Dies sichert den europäischen Akteuren den Zugang zu wichtigen Rohstoffen aus Südamerika und ermöglicht zugleich eine Diversifizierung der Lieferketten, um die Abhängigkeit von China zu verringern. Gleichzeitig kann die EU auf höhere Standards im Bereich Nachhaltigkeit und Beschäftigung Einfluss nehmen. Für die Mercosur-Länder wiederum bedeutet das Abkommen einen erleichterten Zugang zu dringend benötigten Investitionen, unter anderem in ihre Infrastruktur.

Kritik: europäische Agrarinteressen und Umweltstandards

Gegner des Abkommens innerhalb der EU, allen voran Frankreich, befürchten, dass die Importe günstiger Lebensmittel wie Rindfleisch, Geflügel und Zucker stark zunehmen und damit die europäische Landwirtschaft unter erheblichen Wettbewerbsdruck gerät. Die EU hat deshalb

umfassende bilaterale Schutzklauseln für landwirtschaftliche Erzeugnisse eingeführt. Diese ermöglichen die Aussetzung der Einfuhr sensibler Produkte, verschärfen die Kontrollen insbesondere hinsichtlich Pestizidrückständen und werden durch einen Krisenfonds, beschleunigte Unterstützungszahlungen sowie niedrigere Einfuhrzölle auf Düngemittel ergänzt. Die Schutzmaßnahmen gibt es schon seit Jahren, aber der neue Rahmen soll ein schnelleres, klareres und besser vorhersehbares System schaffen. Kernstück ist eine automatische Auslöseschwelle, die die Kommission verpflichtet, zu handeln, sobald ein Verdacht auf schwerwiegende Schäden besteht. Zudem wird ein System kontinuierlicher und strukturierter Überwachung eingeführt: Die Kommission muss alle sechs Monate über Mengen und Preise sensibler Agrarprodukte berichten.¹⁰ Damit wurden umfassende Maßnahmen zum Schutz der europäischen Landwirtschaft eingeführt, die von Seiten der Mercosur-Länder teilweise als unfaire Nachjustierung kritisiert werden.

In Südamerika empfindet man europäische Umweltschutzargumente vielfach als Protektionismus.

In der Debatte wird oft verkannt, dass Asien voraussichtlich auch künftig der Hauptabsatzmarkt für Agrarprodukte aus dem Mercosur bleiben wird und daher nicht mit einer „Rindfleischschwemme“ in Europa zu rechnen ist. Zur Untermauerung verweisen die Mercosur-Staaten darauf, dass die im Handelsabkommen festgelegte zusätzliche Importquote von 99.000 Tonnen Rindfleisch in die EU umgerechnet lediglich rund 200 Gramm pro EU-Einwohner und Jahr entspricht.

Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen kritisieren insbesondere fehlende Umweltschutzstandards, die Abholzung von (Regen-)Wäldern für Weideflächen sowie mögliche Auswirkungen auf indigene Gemeinschaften. Diese Argumente verkennen jedoch oft die Realitäten vor

Ort. Wenn die EU den Mercosur-Staaten nicht als Handelspartner zur Verfügung steht, wird dies deren Entwaldungstätigkeit kaum stoppen; vielmehr würden sie ihre Agrarprodukte vor allem nach China exportieren. Zudem wird häufig übersehen, dass in den südamerikanischen Ländern zahlreiche brachliegende Flächen existieren, die landwirtschaftlich produktiv genutzt werden könnten, ohne dass zusätzliche Entwaldung erfolgen muss. In Südamerika werden europäische Umweltschutzargumente daher vielfach als Bevormundung und als hinter einer „grünen Agenda“ verborgener Protektionismus der EU wahrgenommen.

Motor für eine Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit?

Die EU sowie Lateinamerika und die Karibik unterhalten eine langjährige strategische Partnerschaft, die auf gemeinsamen Werten beruht. Lateinamerika gilt – nach Europa und Nordamerika – als eine der demokratischsten Regionen der Welt. Beide Seiten sehen sich als zentrale Partner bei der Stärkung einer regelbasierten internationalen Ordnung. Zudem bestehen enge Handels- und Investitionsbeziehungen sowie das gemeinsame Ziel, nachhaltiges Wachstum und wirtschaftliche Resilienz auf Grundlage der Agenda 2030 zu fördern. Im Rahmen der Global Gateway-Investitionsstrategie engagieren sie sich darüber hinaus für einen gerechten, grünen und digitalen Wandel.¹¹

Auch kulturell sind Europa und Lateinamerika eng verbunden. In vielen Ländern der Region, insbesondere in Argentinien und Brasilien, haben Millionen Menschen europäische Wurzeln, was tiefgreifende gesellschaftliche und kulturelle Beziehungen begründet. Seit 1999 finden regelmäßige Gipfeltreffen zwischen der EU und den Staaten Lateinamerikas und der Karibik (CELAC)¹² statt. Seit 2013 werden die EU-CELAC-Gipfel abwechselnd in Lateinamerika und in Brüssel ausgerichtet. Beim vierten EU-CELAC-Gipfel im November 2025 im kolumbianischen Santa Marta betonte Bundesaußenminister Johann Wadephul das große Interesse Deutschlands an einer vertieften wirtschaftlichen

Zusammenarbeit sowie an der Stärkung und Ausweitung der handelspolitischen Partnerschaften. Lateinamerika gilt als Wachstumsregion mit erheblichem Potenzial, auch wenn die Wirtschaft in einigen Ländern in den vergangenen Jahren stagnierte. Die EU hat eine Reihe von Handelsabkommen mit Staaten der Region abgeschlossen, darunter bilaterale mit Chile und Mexiko.

Für den Mercosur steht Europa nicht als Absatzmarkt für Agrarprodukte im Vordergrund.

Die EU ist nach den USA und China der drittgrößte Handelspartner Lateinamerikas, mit einem Handelsvolumen von knapp 370 Milliarden US-Dollar – Tendenz steigend. Zudem ist die EU mit 741 Milliarden Euro der größte ausländische Investor in Lateinamerika und der Karibik.¹³ Im Hinblick auf das EU-Mercosur-Handelsabkommen wird deutlich, dass die Wirtschaftsstrukturen des Mercosur und der EU einander substanziell ergänzen. Europäische Unternehmen exportieren vor allem Maschinen, Automobile und chemische Erzeugnisse, während die Mercosur-Staaten die für die Energiewende essenziellen Rohstoffe wie Kupfer, Lithium und Seltene Erden nach Europa liefern können. Für die Mercosur-Länder steht Europa weniger als Absatzmarkt für Agrarprodukte im Vordergrund, sondern vielmehr als Partner für Investitionen sowie für Modernisierung und Produktivitätssteigerung ihrer Volkswirtschaften. Da der Mercosur zu den protektionistischsten Märkten weltweit zählt, fehlte bislang häufig Innovationsdruck, der durch stärkeren Wettbewerb aus dem Ausland entstehen könnte. Entsprechend erhoffen sich die Staaten der Region eine Zunahme europäischer Direktinvestitionen – etwa über Unternehmensbeteiligungen, Übernahmen, Joint Ventures oder den Aufbau von Betriebsstätten. Das wirtschaftliche Engagement europäischer Unternehmen wird in der Region im Allgemeinen als langfristig, innovations- und wachstumsorientiert sowie nachhaltig eingeschätzt.

Für die beiden größten Volkswirtschaften des Mercosur, Brasilien und Argentinien, ergeben sich dabei ähnliche Prioritäten. In Brasilien stehen die erwarteten wirtschaftlichen Impulse für die nationale Entwicklung im Vordergrund. Präsident Luiz Inácio Lula da Silva betont ausdrücklich, dass das Abkommen nicht zur Festschreibung Brasiliens als reiner Rohstoffexporteur führen dürfe. Vielmehr solle es die internationale Wettbewerbsfähigkeit der brasilianischen Industrie stärken und den Export industrieller Güter in die EU erleichtern. Auch der moderne Agrarsektor erwartet Vorteile durch neue Marktzugänge sowie eine Diversifizierung weg von der Abhängigkeit von China und den USA. Zudem hofft Brasilien, dass die europäischen Vorgaben für importierte Produkte positive Effekte auf Arbeitsbedingungen, Umweltstandards und die Korruptionsbekämpfung entfalten, etwa über Zertifizierungsprozesse.

Die argentinische Regierung erwartet ebenfalls positive wirtschaftliche Entwicklungen. Sie sieht

im Abkommen eine Möglichkeit, den Zugang zum EU-Markt zu erweitern beziehungsweise zu vereinfachen und den nationalen „Exportkorb“ stärker zu diversifizieren. Neben Wachstum bei agroindustriellen Produkten setzt Argentinien auf Impulse für Industrieexporte, etwa petrochemische Rohstoffe, sowie auf neue Dynamik in den Sektoren Energie und Bergbau. Positive Effekte erhofft sich die Regierung auch im Bereich der ausländischen Direktinvestitionen in strategische Wirtschaftssektoren, zumal die EU bereits heute der wichtigste ausländische Investor des Landes ist. Der Dienstleistungssektor, zu dem auch eine anpassungsfähige und innovative Start-up-Szene in den Bereichen FinTech und AgTech, E-Commerce und Softwareentwicklung zählt, könnte ebenfalls profitieren.

Die geopolitische Bedeutung des Abkommens zeigt sich besonders am Beispiel Boliviens, das seit 2024 Mercosur-Vollmitglied ist, sich derzeit in einer Übergangsphase zur Umsetzung



Umworbene Partner: Die EU, China und die USA konkurrieren zunehmend um politischen und wirtschaftlichen Einfluss sowie um die Durchsetzung strategischer Interessen im Mercosur und in Lateinamerika. Im Bild: Staats- und Regierungschefs bei einem Treffen während des MERCOSUR and Associated States Summit Mitte 2025 in Buenos Aires. Foto: © Zuma Press, Imago.

des Mercosur-Rechts befindet und nicht unter das EU-Mercosur-Abkommen fällt. Die neue Regierung unter Präsident Rodrigo Paz reiste dennoch im Januar zur Unterzeichnung nach Paraguay, um ihre künftige Ausrichtung auf Europa und ihre Öffnung gegenüber westlichen Partnern zu signalisieren – nach zwei Jahrzehnten enger Beziehungen zu China, Russland und dem Iran. Bolivien hat ein starkes Interesse an einer vertieften Kooperation mit der EU, sowohl entwicklungspolitisch über EU-Programme als auch ökonomisch wegen der dringlich erforderlichen Investitionen zur Stabilisierung seiner krisengeschüttelten Wirtschaft.

Diese Beispiele verdeutlichen, dass das Abkommen mehr ist als eine rein wirtschaftliche Vereinbarung zwischen der EU und den Mercosur-Staaten. Es eröffnet vielmehr neue Perspektiven für eine verstärkte entwicklungspolitische Zusammenarbeit und knüpft damit an das ursprüngliche Leitbild der Entwicklungszusammenarbeit an: die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung demokratischer Partnerländer.

Geopolitischer Imperativ

Neben den bereits erläuterten ökonomischen Vorteilen setzt das Mercosur-Abkommen ein wichtiges Zeichen für multilaterale Handelsabkommen, Freihandel und internationale Zusammenarbeit unter Wertepartnern – in einer Zeit, in der weltweit ein erneuter Protektionismus erstarkt. Damit wirkt das Abkommen der aggressiven Zollpolitik von US-Präsident Donald Trump entgegen. Nicht zuletzt hat die Handelspolitik der Trump-Regierung gegenüber Europa vermutlich dazu beigetragen, im Europäischen Rat die erforderliche qualifizierte Mehrheit für das Abkommen zu erreichen. Europa und die Mercosur-Staaten senden damit ein klares politisches Signal: In einer Phase globaler Instabilität bündeln zwei Regionen ihre Kräfte und entscheiden sich bewusst für Kooperation statt Konfrontation. Sie zeigen, dass Freihandel und gemeinsame Werte geeignetere Wege zu Wohlstand und Stabilität darstellen als Isolation und protektionistische Maßnahmen.

Darüber hinaus stärkt das Mercosur-Abkommen die strategische Souveränität der EU, fördert den Aufbau neuer Allianzen und verringert Abhängigkeiten von anderen Großmächten – ganz im Sinne der von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen formulierten *De-Risking*-Strategie zur Stärkung der europäischen Resilienz. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat das Bewusstsein dafür weiter geschärft, dass die EU ihre Bezugsquellen für zentrale Rohstoffe und Energie sowie ihre Absatzmärkte breiter aufstellen muss.

Gleichzeitig nimmt Chinas wirtschaftlicher Einfluss in Lateinamerika weiter zu. Besonders ausgeprägt ist das chinesische Engagement in Südamerika, während in Zentralamerika und der Karibik weiterhin die USA dominieren. Bereits 2017 verlor die EU ihre Rolle als wichtigster Handelspartner des Mercosur an China. Innerhalb von zwei Jahrzehnten stieg China zum wichtigsten Handelspartner unter anderem für Brasilien, Chile, Peru sowie – seit dem vergangenen Jahr – auch Argentinien auf und überholte damit Brasilien als wichtigsten Handelspartner Argentiniens. In anderen Staaten wie Mexiko oder Kolumbien ist China inzwischen der zweitwichtigste Handelspartner nach den USA.

Ein Großteil der lateinamerikanischen Länder hat sich zudem der chinesischen „Neuen Seidenstraßeninitiative“ (Belt-and-Road-Initiative, BRI) angeschlossen; darunter sind auch die Mercosur-Staaten Argentinien und Uruguay, während Brasilien und Paraguay nicht teilnehmen. Erklärbar ist dies durch den traditionell pragmatischen außenpolitischen Ansatz vieler lateinamerikanischer Staaten, die enge Beziehungen zu verschiedenen globalen Akteuren pflegen, allen voran Brasilien. So ist das bevölkerungsreichste und flächenmäßig größte Land Lateinamerikas zwar Mitglied des BRICS+-Staatenbündnisses, gehört jedoch nicht der chinesischen BRI an. Gleichwohl unterzeichneten Brasiliens Präsident Luiz Inácio Lula da Silva und Chinas Staatspräsident Xi Jinping im Anschluss an den G20-Gipfel im November 2024 in Rio de Janeiro insgesamt 37 neue bilaterale Abkommen zur vertieften wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Argentiniens Präsident Javier Milei betonte im Wahlkampf noch, er wolle nicht mit „Kommunisten“ kooperieren. Dennoch erkannte seine Regierung unmittelbar nach Amtsantritt die Notwendigkeit enger wirtschaftlicher Beziehungen zu China an und öffnete den Markt für chinesische Importe sowie für Investitionen in den strategisch bedeutsamen Lithiumbergbau.

Uruguay hat seine Kooperation mit China in den vergangenen Jahren durch zahlreiche bilaterale Abkommen weiter vertieft; ein umfassendes Freihandelsabkommen wird derzeit verhandelt. Das Mercosur-Mitglied Paraguay bildet die Ausnahme: Als einziges Land Südamerikas mit diplomatischen Beziehungen zu Taiwan unterhält es aufgrund dieser außenpolitischen Positionierung nur sehr begrenzte Wirtschaftsbeziehungen zu China.

Es geht jedoch nicht allein um China: Auch die USA treten unter der Regierung von Donald Trump zunehmend als geopolitischer Wettbewerber Europas auf. Für erhebliche Irritation innerhalb der EU sorgte ein kurz nach dem Abschluss des EU-Mercosur-Abkommens verkündetes bilaterales Handels- und Investitionsabkommen zwischen den USA und Argentinien, das in mehreren Bereichen – etwa bei den geschützten Herkunftsbezeichnungen – andere Standards als diejenigen setzt, die mit den Europäern vereinbart wurden. Zudem haben sich die USA privilegierten Zugang zu kritischen Mineralien und Seltenen Erden in Argentinien gesichert – in einem Bereich, in dem sich die EU große wirtschaftliche Vorteile erhofft hatte.¹⁴

Des Weiteren verdeutlicht die neue Nationale Sicherheitsstrategie der USA vom November 2025 den strategischen Anspruch Washingtons, verstärkt in die Volkswirtschaften Lateinamerikas zu investieren, die als Teil der westlichen Hemisphäre und damit der eigenen Einflussphäre betrachtet werden. In diesem Dokument wird ausdrücklich formuliert, man solle alle erdenklichen Anstrengungen zur Verdrängung ausländischer Firmen, die in der Region Infrastruktur bauen, unternehmen¹⁵ – also auch europäische Unternehmen aus zentralen Märkten verdrängen. Die USA

richten ihre gesamte Entwicklungszusammenarbeit zunehmend auf die Förderung der eigenen wirtschaftlichen Interessen aus.

Konsequenzen und Ausblick

Bei allen politischen Debatten über Nutzen und mögliche Nachteile von (Frei-)Handelsabkommen muss aus europäischer Perspektive Folgendes klar sein: Wenn die EU solche Abkommen nicht abschließt, werden sich die Partnerländer anderen Akteuren zuwenden.¹⁶ Für Europa stehen dabei sowohl der Zugang zu bedeutenden Absatzmärkten als auch der Zugang zu strategisch wichtigen Rohstoffen auf dem Spiel. Um Widerständen innerhalb der EU zu begegnen, sollte einer negativen Konnotation von Handelsabkommen ein positives Narrativ entgegengestellt werden, indem nicht nur die Vorteile für Unternehmen, sondern auch die konkreten positiven Effekte für Bürgerinnen und Bürger klar kommuniziert werden. Dabei sollten neben Zollerleichterungen andere gewinnbringende Bestandteile des Abkommens – etwa die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des EU-Dienstleistungssektors – ebenfalls stärker in den Vordergrund gestellt werden. Insgesamt gilt es, sich zu vergegenwärtigen, dass die Bestrebungen der EU nicht auf einen „Laissez-faire-Freihandel“ abzielen, sondern auf einen regelbasierten Handelspakt, der in einem langjährigen und detaillierten Aushandlungsprozess unter Berücksichtigung vielfältiger Interessen entstanden ist und letztlich zum Wohlstandszuwachs beider Seiten beiträgt.

Ein dabei in der Debatte häufig vernachlässigter Aspekt ist, dass die Mercosur-Staaten demokratische Systeme westlicher Prägung aufweisen und folglich eigentlich als natürliche Partner Europas zu betrachten wären. Dieses Verhältnis ist wechselseitig: Politische Entscheidungsträger in Lateinamerika betonen regelmäßig, dass Europa ihr bevorzugter Partner ist. Dennoch ist die EU in der Region unterrepräsentiert. Die langwierigen Verhandlungen und die wiederholten Nachforderungen seitens der EU haben zudem das Ansehen Europas in Lateinamerika geschwächt. Dadurch gingen bedeutende

Chancen verloren, Allianzen mit Demokratien in einer zunehmend instabilen geopolitischen Lage zu stärken.

Europa muss daher nicht nur sein Interesse an einer vertieften Zusammenarbeit mit Lateinamerika bekunden, sondern dieses auch konkret mit Leben füllen. Ein zentrales Instrument hierfür ist das EU-Mercosur-Abkommen. Dessen Ratifizierung sollte nun zügig und prioritär abgeschlossen werden, damit fürs Erste zumindest der Handelsteil endgültig in Kraft treten und seine wirtschaftliche Wirkung entfalten kann.

- 1 Gründungsmitglieder von 1991 sind Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Bolivien wurde im Juli 2024 Vollmitglied, für das Land zählt das Abkommen aber nicht. Venezuelas Mitgliedschaft ist seit 2016 suspendiert. Siehe hierzu: Mercosur 2026: ¿Qué es el MERCOSUR?, in: <https://ogy.de/cc0y> [09.04.2026].
- 2 Europäische Kommission 2026: EU-Mercosur-Abkommen: vorläufige Anwendung ab 1. Mai 2026, 23.03.2026, in: <https://ogy.de/dq95> [09.04.2026].
- 3 Fleischmann, Laura 2026: Brandmauer bei Mercosur? Grüne und Linke stimmen mit AfD, Euronews, 21.01.2026, in: <https://ogy.de/7b8q> [09.04.2026].
- 4 Wax, Eddy 2026: EU-Länder billigen Mercosur-Handelsabkommen gegen den Willen Frankreichs, Euractiv, 09.01.2026, in: <https://ogy.de/ti2d> [09.04.2026].
- 5 Europäisches Parlament 2026: EU-Mercosur-Abkommen: EuGH soll Vereinbarkeit mit EU-Verträgen prüfen, 21.01.2026, in: <https://ogy.de/dpjr> [09.04.2026].
- 6 Europäisches Parlament 2026: Mercosur: Parlament billigt Schutzklauseln zugunsten der EU-Landwirtschaft, 10.02.2026, in: <https://ogy.de/jn86> [09.04.2026].
- 7 Tagesspiegel 2026: EU-Parlament will Prüfung durch den EuGH, 21.01.2026, in: <https://ogy.de/bf4u> [09.04.2026].
- 8 Europäischer Rat: Handel EU-Mercosur: Fakten und Zahlen, in: <https://ogy.de/ix5r> [09.04.2026].
- 9 IHK Pfalz: EU-Mercosur-Freihandelsabkommen, in: <https://ogy.de/hwbn> [09.04.2026].
- 10 Europäischer Rat 2026: EU-Mercosur: Rat gibt grünes Licht für Schutzmaßnahmen für landwirtschaftliche Erzeugnisse, 05.03.2026, in: <https://ogy.de/q80w> [09.04.2026].
- 11 Europäische Kommission 2023: Neue Agenda für die Beziehungen der EU zur Region Lateinamerika/Karibik, 07.06.2023, in: <https://ogy.de/wk0w> [09.04.2026].
- 12 In der 2011 gegründeten Gemeinschaft „Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños“ (CELAC) sind alle 33 Länder Lateinamerikas und der Karibik Mitglied.
- 13 European External Action Service 2024: EU LAC trade: A dense network of agreements and growing exchanges, 19.09.2024, in: <https://ogy.de/ss0e> [09.04.2026].
- 14 Brühwiller, Tjerk 2026: Argentinien zwischen den USA und China, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.02.2026, in: <https://ogy.de/htn8> [09.04.2026].
- 15 The White House 2025: National Security Strategy of the United States of America, 11/2025, in: <https://ogy.de/ap0j> [09.04.2026].
- 16 Käufer, Tobias 2026: EU vs. China vs. USA – Der neue Wettstreit um die Vorherrschaft in Lateinamerika, Welt, 19.02.2026, in: <https://ogy.de/44bx> [09.04.2026].